



Die GÖD ÖÖ informiert:

Pressespiegel über den Start der Gehaltsverhandlungen vom 22. Oktober 2018

Beamte - Gehaltsverhandlungen gestartet

Utl.: Strache und Löger wollen Konjunktur berücksichtigen - Schnedl fordert "ordentliches Lohnplus"

Wien (APA) -

Vor Beginn der ersten Runde der Beamten-Gehaltsverhandlungen haben der für die Beamten zuständige Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) am Montag eine Berücksichtigung der guten Konjunktur versprochen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Norbert Schnedl, will "ein ordentliches Lohnplus" erreichen. Zum Auftakt werden traditionsgemäß unter Beiziehung von Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die für die Verhandlungen maßgebliche Inflationsrate erörtert. Eine konkrete Forderung der Gewerkschaft oder ein Angebot der Regierung sind noch nicht zu erwarten.

Strache meinte vor dem Auftakt, dass sich die "große Wertschätzung" gegenüber den Beamten auch widerspiegeln solle. Zu der vor den Kollektivvertrags-verhandlungen gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) geäußerten Erwartung, dass es einen "spürbaren" Lohnanstieg geben solle, meinte Strache nun, es sei wichtig, dass die gute Konjunktur bei den Arbeitnehmern ankomme. Er verwies darauf, dass der Abschluss der Beamten traditionell meist unter den Metallern, aber über dem Handel liege.

Auch Löger meinte, das Wirtschaftswachstum sei eine positive Grundlage. Er plädierte für einen "guten Abschluss", der aber auch die budgetären Rahmenbedingungen berücksichtigen müsse. Auf die Frage nach seiner Schmerzgrenze meinte der Finanzminister, dass er weder nach oben noch nach unten eine Grenze habe, allerdings baue er auf vernünftige Gespräche.

Schnedl verwies auf die "hervorragende wirtschaftliche Entwicklung" und meinte, dass sich diese auch "im Geldbörsel" niederschlagen müsse. Er strebt eine "dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle und ein ordentliches Lohnplus" an. Auf die Metaller-Forderung von fünf Prozent wollte er nicht eingehen.

Für heuer hatten die rund 200.000 öffentlich Bediensteten beim Bund und die knapp 260.000 Mitarbeiter bei Ländern und Gemeinden bei einer Inflationsrate von 1,87 Prozent eine Gehaltserhöhung um 2,33 Prozent erhalten.

Beamte 2 - Inflation von 2,02 Prozent außer Streit gestellt
Utl.: Wirtschaftswachstum von 3 Prozent als Basis für weitere Verhandlungen -
Fortsetzung am 12. November - Strache deutet möglichen Abschluss über Inflation
An

Wien (APA) -

Regierung und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) haben am Montag in der ersten Runde der Gehaltsverhandlungen eine Inflationsrate von 2,02 Prozent für die weiteren Gespräche außer Streit gestellt. Diesen Wert haben Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts für die Zeit vom Oktober des Vorjahres bis September dieses Jahres errechnet.

Außerdem hat man sich auf ein Wirtschaftswachstum von 3,0 Prozent als Basis für die Verhandlungen verständigt. Das teilten GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl und der für die Beamten zuständige Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) nach der ersten Runde mit. Weiters hat man sich als Ziel gesetzt, die Verhandlungen so rechtzeitig abzuschließen, dass das neue Gehaltsabkommen mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten kann.

Fortgesetzt werden die Verhandlungen am 12. November. Dann will die Gewerkschaft auch konkrete Zahlen und Forderungen auf den Tisch legen, wie Schnedl ankündigte. Bis dahin sollen in Untergruppen die Wirtschaftsdaten noch vertieft werden.

Strache verwies zwar darauf, dass das Wirtschaftswachstum sich 2019 wieder etwas abflachen dürfte. Gleichzeitig erwähnte er aber auch die "gute Tradition", dass die Abschlüsse in der Vergangenheit meist unter den Metallern aber über dem Handel gelegen seien. Und er deutete auch an, dass es heuer mehr als die Inflation geben könnte. Auf die Frage, ob der Abschluss zwischen den Metallern und der Inflation liegen könnte, meinte der Vizekanzler: "Sie haben ein gutes Naserl."

Eine Abgeltung für die Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie das die Metaller fordern, ist für die GÖD kein Thema. Schnedl betonte, dass die Arbeitszeit-Flexibilisierung im Öffentlichen Dienst schon längst umgesetzt sei. Trotzdem beharrt er auf einer nachhaltigen und dauernden Kaufkraftstärkung, nicht zuletzt, weil es schon im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr hervorragende Wirtschaftsdaten gebe.

Der Vorsitzende der younion-Gewerkschaft, Christian Meidlinger, **will auf alle Fälle vermeiden, dass so wie im Vorjahr Oberösterreich, einzelne Länder wieder aus dem gemeinsamen Abschluss ausscheren. Die anwesenden Ländervertreter hätten zugesagt, dass man empfehlen werde, das in Landtagsbeschlüssen umzusetzen.**

Ausdrücklich gelobt wurde das Gesprächsklima sowohl von Schnedl als auch von Strache, der erstmals die Verhandlungen führt. Der Vizekanzler sprach von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt. Auch Schnedl meinte, das Zusammentreffen sei sehr sachlich und von hoher Wertschätzung den Kollegen gegenüber geprägt gewesen. "Das ist ein Zugang, den wir sehr schätzen."



Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Finanzminister Hartwig Löger verhandeln erstmals die Beamtenegehälter.

Gehaltsverhandlungen der Beamten gestartet

Inflation von zwei Prozent außer Streit

Wien – Am Montag gingen die jährlichen Gehaltsverhandlungen der Beamten in die erste Runde – erstmals mit Heinz-Christian Strache (FPÖ) als zuständigem Regierungsmitglied. Schon vor den Gesprächen versprachen der Vizekanzler sowie Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) eine Berücksichtigung der guten Konjunktur. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Norbert Schnedl, will „ein ordentliches Lohnplus“ erreichen.

Zum Auftakt werden traditionsgemäß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erörtert. Dabei wurde eine Inflationsrate von 2,02 Prozent für weitere Gespräche außer Streit gestellt. Diesen Wert hat das Wirtschaftsforschungsinstitut für die Zeit von Oktober 2017 bis September 2018 errechnet. Außerdem konnte man sich auf ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent als Basis für weitere Gespräche verständigen. Das Ziel sei nun, die Verhandlungen rechtzeitig abzuschließen, damit das neue Gehaltsabkommen mit Jänner 2019 in Kraft treten könne.

Strache betonte jedenfalls, dass sich die „große Wertschätzung“ gegenüber den Beamten widerspiegeln solle. Für heuer hatten die rund 200.000 öffentlich Bediensteten beim Bund und die knapp 260.000 Mitarbeiter bei Ländern und Gemeinden bei einer Inflationsrate von 1,87 Prozent eine Gehaltserhöhung um 2,33 Prozent erhalten. (APA, red)

Herbstlohnrunde der öffentlich Bediensteten Konkrete

Forderungen liegen noch keine am Tisch

Beamte kämpfen um

mehr Gehalt

Seit gestern ringen die öffentlich Bediensteten um ihre Gagen für 2019. Am Verhandlungstisch sitzt erstmals der für Beamte zuständige Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), ihm gegenüber der Gewerkschafter Norbert Schnedl. Einigen konnten sich beide Seiten bereits darauf, dass das Gehaltsplus über der Inflationsrate liegen wird.

Insgesamt geht es um 460.000 Arbeitnehmer. Wie viel mehr Gehalt sie im kommenden Jahr bekommen werden, darüber verhandeln seit gestern Norbert Schnedl, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ). Schnedl ist schon Routinier, Strache sitzt erstmals am Verhandlungstisch. Mit von der Partie ist auch Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP).

Konkrete Vorstellungen blieben zunächst aus

Im Vorjahr wurde eine Gehaltserhöhung von 2,33 Prozent erkämpft – das lag damals über der Inflationsrate von 1,87 Prozent. Auch in diesem Jahr strebt Schnedl „ein deutliches Plus“ für die Beamten an. Die „hervorragende wirtschaftliche Entwicklung“ müsse sich auch „im Geld-

bürsert“ niederschlagen. In Prozentzahlen gegossen hat er diese vage Aussage gestern noch nicht. Ein Angebot von Regierungsseite blieb gestern auch noch aus. Strache hofft auf einen „fairen Abschluss“ und verspricht, die gute Konjunktur zu berücksichtigen. Auch Löger hofft auf einen „guten Abschluss“, pocht aber darauf, nicht auf das Budget zu vergessen. Einigen konnten sich beide Seiten bereits darauf, dass das Gehaltsplus über der Inflationsrate von 2,02 Prozent liegen wird.

Beide Seiten gingen gestern auf Tuchfühlung

Dass die Metaller vor wenigen Wochen mit einer Forderung von fünf Prozent in ihre Verhandlungen gestartet sind, wollte Schnedl nicht kommentieren. Strache verwies aber darauf, dass der Abschluss der Beamten für gewöhnlich meist unter

den Metallern, aber über dem Handel liege. Mehr als traditionelles Geplänkel ist damit von der gestrigen Verhandlungsrunde nicht übrig geblieben. Zum Auftakt wurden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erörtert – gemeinsam mit Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO).

Zu einer Einigung soll es noch heuer kommen

Zum Ziel haben sich beide Seiten gesetzt, die Verhandlungen so rechtzeitig abzuschließen, dass das neue Gehaltsabkommen mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten kann. In die zweite Verhandlungsrunde geht es am 12. November. Da sollen dann auch konkrete Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Bis zu einer Einigung hat es im Vorjahr übrigens vier Verhandlungsrunden gebraucht, in den beiden Jahren davor jeweils drei. S. Schieder



Gewerkschafter Schnedl und Vizekanzler Strache verhandeln

Das Video auf krono.at

Strache mit Samtpfoten

Die Beamtengaltsrunde ist für den Minister eine Feuerprobe. Die Fortsetzung folgt am 12. November.

Von Karl Ettinger

Wien. Die beiden Herren haben einander nicht zum ersten Mal getroffen. Informell saßen der für den öffentlichen Dienst zuständige Vizekanzler Heinz-Christian Strache und der Vorsitzende der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Norbert Schnedl, schon beisammen. Sachlich, „wertschätzend“ gegenüber dem öffentlichen Dienst, so zumindest Schnedls Eindruck. Aber bei Beamtengaltsverhandlungen war es für Strache am Montagmorgen die Premiere, während es für Schnedl die nunmehr dritte Runde als Chefverhandler ist.

Der Beamtenminister hat sich für sein Debüt eine Steilvorlage gleich selbst geliefert. Denn gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz hat er im September zum Auftakt der Herbstlohnrunde bei den Metallern in einem höchst ungewöhnlichen Schritt die Sozialpartner zu einem spürbaren Lohnanstieg aufgerufen. Es solle sich „in den Gehaltsabschlüssen die positive Entwicklung im Land und die gute Stimmung für die Wirtschaft und den Standort spürbar wiederfinden“, lautete der Appell. Man solle Österreichs positive Entwicklung nicht nur in Rankings, sondern auch auf dem Gehaltszettel merken. Dieses Signal wurde von den Beamtenvertretern dankend angenommen. Schließlich ist Strache für sie Dienstgebervertreter.

„Wir wollen einen fairen und gerechten Abschluss“

Während die Zeichen bei den Metallern auf Sturm stehen (siehe Bericht unten), fällt der freundliche Ton zum Auftakt der Beamtengaltsrunde umso stärker auf. Der eigene Appell vom September wird vom Beamtenminister durchaus ernst genommen. „Wir wollen die Kaufkraft der Leute stärken“, wurde der „Wiener Zeitung“ im Büro des Vizekanzlers versichert. Strache



Premiere für Vizekanzler Heinz-Christian Strache bei der ersten Beamtengaltsrunde mit Gewerkschaftschef Norbert Schnedl.

Foto: apa/Jäger

selbst bekräftigte im ORF-Radio-Mittagsjournal: „Wir wollen einen fairen und gerechten Abschluss.“ Grundsätzliches Ziel sei es, damit auch die „Wertschätzung“ gegenüber dem öffentlichen Dienst zum Ausdruck zu bringen.

Die sanften Töne stehen im krassen Gegensatz zur Situation Anfang der 2000er Jahre, als die FPÖ mit Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer in der schwarz-blauen Bundesregierung bereits einmal die Beamtinnenministerin gestellt hat. Riess-Passer wurde rasch zum sprichwörtlichen roten Tuch für die öffentlich Bediensteten. Dafür brauchte es nur die Ankündigung, sie wolle 2001 und 2002 „keine üppigen Lohnrun-

den“. Dazu wagte sie es noch, die Biennien, die automatische Gehaltsvorrückungen alle zwei Jahre, in Frage zu stellen. Für die FPÖ war die Beamtenvertretung ein Reibebaum – wie umgekehrt die FPÖ für die Gewerkschaft.

Der Unterschied wird auch bei den Sparplänen beim Personal deutlich. Damals wurde der Abbau tausender Beamter im Bundesdienst als Ziel ausgerufen – teils auch, indem die Posten einfach ausgelagert wurden.

Die amtierende türkis-blaue Bundesregierung setzt zwar den Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst fort – es wird nur jede zweite frei werdende Stelle nachbesetzt –, allerdings mit wichtigen Aus-

nahmen speziell im Bereich der Sicherheit. Strache hat sich zu Einsparungen bekannt, es werde aber „nicht mit dem Rasenmäher“ gespart. Beim Personalplan des Bundes für 2019 hat das zur Folge, dass unter dem Strich die Planstellenzahl gegenüber dem heurigen Jahr um 804 auf knapp 140.500 steigt. In Summe 454 Einsparungen von Dienstposten im Staatsdienst stehen vor allem bei der Polizei im Innenministerium Aufstockungen um gut 1200 Planposten gegenüber. Das ist Teil der bis zum Ende der Legislaturperiode 2022 angekündigten Aufstockung bei der Polizei um 4100 Posten.

Der Schwerpunkt der Regierung im Bereich Sicherheit deckt

sich politisch mit den Interessen der Freiheitlichen, die in der Exekutive, bei der Landesverteidigung und bei der Justizwache ihre Domänen haben. So verkündete Strache im September nicht zufällig mit Justizminister Josef Moser in einem Gefängnis Verbesserungen für die Justizwache.

Gehaltsabschluss für fast 500.000 Bedienstete

Was die Situation für die Regierungsverhandler einfacher macht, ist die positive Wirtschaftsentwicklung. Diese bringt schon im heurigen Jahr deutliche Steuermehreinnahmen für den Staatshaushalt.

Zum Verhandlungsstart hat daher Strache unterstützt von Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) versprochen, die gute konjunkturelle Lage werde beim Gehaltsabschluss berücksichtigt. Gleichzeitig soll der budgetäre Rahmen – das Nulldefizit – eingehalten werden. Selbst Budgetexperten sehen das durch die Beamtengaltsrunde nicht in Gefahr.

Für heuer lag die Erhöhung der Beamtengelder bei einer prognostizierten Inflationsrate von 1,87 Prozent bei 2,33 Prozent. Die Mehrkosten im Budget wurden mit 308 Millionen Euro beziffert.

Für 2019 fordert Beamtengewerkschaftschef Schnedl eine „dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle und ein ordentliches Lohnplus“. Vorerst wurde die Inflationsrate mit 2,02 Prozent außer Streit gestellt. Als Basis wird mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent gerechnet. Am 12. November folgt die zweite Verhandlungsrunde.

Insgesamt geht es bei der Gehaltsrunde direkt um die Bezüge von rund 220.000 Mitarbeitern im Bundesdienst sowie um jene der Pflichtschullehrer. Indirekt geht es um weitere rund 260.000 Bedienstete in Ländern und Gemeinden, für die dieser Abschluss im Regelfall zumindest eine Richtschnur für die Gehaltserhöhung ist. ■